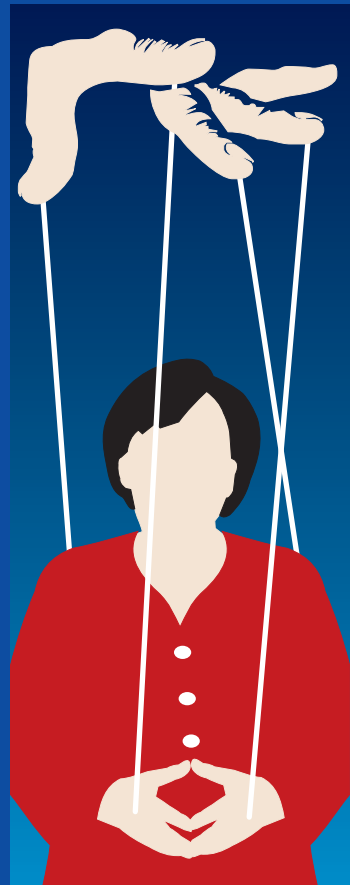


Katharina Hirschbrunn, Gisela Kubon-Gilke, Richard Sturn (Hg.)

Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik

Jahrbuch 16

Kapitalismus,
Globalisierung,
Demokratie



Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik

Jahrbuch

Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik

Herausgeber:

Prof. Dr. Richard Sturn, Graz, Katharina Hirschbrunn, Tutzing, Gisela-Kubon-Gilke, Darmstadt

Herausgeber-Beirat:

Prof. Dr. Hans Albert, Heidelberg • Prof. Dr. Adelheid Biesecker, Bremen • Prof. Dr. Mathias Erlei, Clausthal • Prof. Dr. Simon Gächter, Nottingham • Prof. Dr. Nils Goldschmidt, Siegen • Dr. Martin Held, Tutzing. Prof. Dr. Ernst Helmstädter, Münster • Prof. Dr. Ulrich Klüh, Darmstadt • Prof. Dr. Andrea Maurer, Trier • Prof. Dr. Hans G. Nutzinger, Kassel • Prof. Dr. Notburga Ott, Bochum • Prof. Dr. Fabienne Peter, Warwick • Prof. Dr. Lucia Reisch, Kopenhagen/Friedrichshafen • Prof. Dr. Michael Schmid, Augsburg • Prof. Dr. Johannes Schmidt, Karlsruhe • PD Dr. Irmi Seidl, Zürich • Prof. Dr. Andreas Suchanek, Leipzig • Prof. Dr. Peter Weise, Warburg • Prof. Dr. Hans Peter Widmaier, Herrliberg/Zürich • Prof. Dr. Ulrich Witt, Jena

Erscheinungsweise:

Das Jahrbuch erscheint einmal jährlich.

Das *Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik* ist ein interdisziplinäres Jahrbuch, dessen Fokus vor allem die normativen Fundamente der Ökonomik und ihre institutionellen Voraussetzungen bilden. Obwohl seine Ausrichtung nicht ausgesprochen wirtschaftspolitisch ist, gehören die praktisch-politischen Implikationen einer kritischen Reflexion solcher Grundlagenfragen zu den immer wiederkehrenden inhaltlichen Anliegen ebenso wie methodologische Abklärungen. Jede Ausgabe ist einem thematischen Schwerpunkt gewidmet, der von den Herausgebern unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Herausgeber-Beirats ausgewählt wird und der Thematik der jährlichen Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing in der gleichnamigen Reihe entspricht. Eine große Bandbreite und Vielfalt von Ansätzen und Zugängen zum jeweiligen thematischen Schwerpunkt sind Programm. Das Jahrbuch wendet sich ebenso an Wissenschaftlerinnen/Wissenschaftler der Ökonomik und benachbarter Disziplinen wie an thematisch allgemein Interessierte. Vorschläge von Leserinnen/Lesern für Themenschwerpunkte und spezifische Beiträge sind willkommen.

Redaktion Jahrbuch: Prof. Dr. Richard Sturn, Universität Graz.

hirschbrunn@ev-akademie-tutzing.de • kubon-gilke@eh-darmstadt.de •
richard.sturn@uni-graz.at

Richard Sturn, Katharina Hirschbrunn, Gisela-Kubon-Gilke
(Herausgeber)

Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik

Jahrbuch 16

Kapitalismus, Globalisierung, Demokratie

Metropolis-Verlag
Marburg 2017

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik,
Band 16: Kapitalismus, Globalisierung, Demokratie. Marburg:
Metropolis-Verlag, 2017

Metropolis-Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik GmbH

<http://www.metropolis-verlag.de>

Copyright: Metropolis-Verlag, Marburg 2017

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 9783731612704 (Printausgabe)

ISBN 9783731662709 (E-Book)

Inhalt

Vorwort	7
---------------	---

Richard Sturn

Kapitalismus, Globalisierung, Demokratie: Große Transformationen und das Politische	13
--	----

Ulrich Klüh

New Deals: Transformation ökonomischer Institutionen und demokratische Politik	43
---	----

Ulrich Witt

Macht, Reichtum, Vorteilsstreben und die Krisen des global expandierenden Kapitalismus	85
---	----

Andrea Maurer

Die Institutionen des modernen Kapitalismus: Karl Polanyi contra Max Weber	105
---	-----

Michael Roos

Transformationsprozesse und die unterschiedlichen Akteure der Transformation: Ansätze und Einsichten agentenbasierter Modellierungen	135
--	-----

Mathias Erlei

Elemente eines globalen Ordnungsrahmens dynamischer Marktwirtschaften	159
--	-----

Johannes Marx und Johann Waas

Gut und günstig: Über den Wert von Demokratie und Kapitalismus	187
---	-----

<i>Holger Strassheim</i> Die Globalisierung der Verhaltenspolitik	211
<i>Joachim Ahrens, Herman W. Hoen, Axel Wölk</i> Globalisierung, wirtschaftliche Entwicklung und der Staat: Eine Taxonomie des modernen Staatskapitalismus	243
<i>Nenad Pantelic</i> Varianten des Neoliberalismus, Alternativenradikalismus und Demokratie	273
<i>Willi Altzinger</i> Globalisierung, Verteilung und Demokratie: Gibt es eine Transformation zum patrimonialen Kapitalismus?.....	301
<i>Gisela-Kubon Gilke</i> Ökologisch-ökonomisch-soziale Nachhaltigkeit: Analytische und politische Herausforderungen der Transformation	325
<i>Sebastian Strunz</i> Transformation zur Nachhaltigkeit: Herausforderung für Diskurs und Theorie	351

Vorwort

*Katharina Hirschbrunn, Gisela Kubon-Gilke,
Richard Sturn*

Die *Kombination von liberaler Demokratie und Marktwirtschaft* gilt weithin als Fixpunkt aller künftigen Entwicklungen menschlicher Gesellschaften. Unter dem Eindruck des kollabierenden Sowjetkommunismus wurde sie vor weniger als drei Jahrzehnten von Francis Fukuyama (1989) besonders schwungvoll propagiert, der in den historischen Erfolgen dieser Kombination das „Ende der Geschichte“ gekommen sah. Obwohl dies nicht unwidersprochen blieb, prägten und prägen solche Sichtweisen das Koordinatensystem vieler Diskussionen. Allerdings traten schon bald Irritationen auf, die seit der Jahrtausendwende an Dramatik und Prägnanz zunahmen. Die Dynamik von politischem Autoritarismus, Islamismus und diversen Ausprägungen von Nationalismus und Kulturalismus relativierten Fukuyamas These. Im Globalisierungsdiskurs gewannen zudem Stimmen an Gewicht, die krisenträchtige Herausforderungen aufzeigten. Diese gipfelten in Diagnosen wie Dani Rodriks (2011) „*Globalisierungs-Trilemma*“: Von den *drei* Polen des Dreiecks: *Globalisierung, Demokratie* und *Nationalstaat* seien nur jeweils *zwei* miteinander kompatibel, so der frühere Chefökonom der Weltbank. Daraus ergeben sich nun Alternativen, von denen jede ihre eigenen Probleme hat. Der Rückbau der Globalisierung und ihrer Dynamik wäre womöglich mit Verwerfungen und Grenzziehungen verbunden, welche die Wohlfahrt moderner freier Gesellschaften in vielfacher und teils dramatischer Weise bedrohen. Insofern die marktgetriebene Globalisierung einen demokratisch zu entwickelnden globalen Ordnungsrahmen braucht, müsste die Entwicklung kosmopolitischer Demokratie und ein Souveränitätsabbau des National-

staats Hand in Hand gehen. Der Verzicht auf demokratisch fundierte Regulierung würde wohl bedeuten, dass sich die Spielregeln der globalen Wirtschaft im freien Spiel der Kräfte herausbilden. Für transnationale demokratische Politik müsste also *der Nationalstaat zur Disposition gestellt werden*.

Dies mag einleuchten, aber transnationale „Lösungen“ weisen ein Kernproblem, wenn nicht eine Soll-Bruchstelle auf: Wie ist die Verabschiedung des Nationalstaats zu bewerten? Gewiss: Idee und Realität des Nationalstaats haben im 20. Jahrhundert nicht nur Segen gebracht, im Gegenteil. In manchen aufklärerischen Traditionen wurde er ohnedies als Zwischenstadium zu kosmopolitischen Ansätzen gesehen. Auch in manchen aufklärungskritischen Strömungen wird der Nationalstaat betont kritisch gesehen. Mitunter werden kulturell definierte multipolare Großräume als Modell der Zukunft betrachtet. Ein gravierendes Problem von Globalisierung und Großraum-Politik besteht indes darin, dass die moderne Demokratie bisher nur im Rahmen klassischer Staatlichkeit verwirklicht wurde – und darüber hinaus reichende Ansätze (auch in der Europäischen Union) bisher Stückwerk mit Demokratiedefiziten geblieben sind. Es gibt also keine praktischen Anschauungsbeispiele, welche das Funktionieren von liberaler Demokratie außerhalb des Rahmens klassischer Staatlichkeit belegen würden. Dabei ist jedoch zu betonen, dass Demokratie im Rahmen moderner Staatlichkeit durchaus unter Voraussetzungen von Vielfalt und Pluralismus funktionierte, unter anderem auch in manchen Vielvölkerstaaten und unter Bedingungen subkultureller Diversität.

Dennoch ist die Frage unabweisbar, was die in Entwicklung begriffene Konstellation von Globalisierung und globalen Herausforderungen wie Klimawandel und Digitalisierung für die Funktionsbedingen von Demokratie bedeutet. Demokratische Politik befindet sich nach verbreiteter Wahrnehmung derzeit in der Krise (Streck 2011). Sie scheint vermehrt selbst zur Quelle von Problemen zu werden, statt zu deren Lösung beizutragen. Unter anderen historischen Voraussetzungen hat Joseph Schumpeter (1942) analoge Problemstellungen in „*Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*“ bearbeitet. Eine Hauptbotschaft Schumpeters ist, dass die Demokratie als Mechanismus der Problemlösung vergleichsweise wenig robust, weil von anspruchsvollen Voraussetzungen abhängig ist – und dass es einer umsichtig entwickelten institutionellen Architektur und zuträglicher kultureller Bedingungen bedürfte, um sie etwa unter Be-

dingungen des „Sozialismus“ funktionstüchtig zu halten. (Märkte dürften robuster sein, denn Schwarzmärkte bilden sich selbst im Schatten von Normen, die sie zu unterbinden trachten.)

Heute stellt sich daher die Frage, unter welchen Voraussetzungen Demokratie in den sich abzeichnenden Transformationsprozessen funktionstüchtig gehalten werden kann und in welche Richtung sie gegebenenfalls im Hinblick auf neue Problemlösungen weiterzuentwickeln und zu „ertüchtigen“ (Ulrich Klüh) ist. Dabei ist zu bedenken, dass Klimawandel, Digitalisierung und die Spannungen globaler Integration eine große Transformation sozio-ökonomischer Bedingungen bewirken dürften. Sie bergen Herausforderungen in sich, die Märkte allein nicht bewältigen können. Also ist die Politik auf jeden Fall gefragt. Die in diesem Jahrbuch versammelten Beiträge widmen sich einerseits der Diagnose der damit verbundenen Probleme. Dies schließt unter anderem folgende Fragestellungen ein:

- Welche spezifisch politischen Herausforderungen sind im Umgang mit übergreifenden Transformationsprozessen verbunden? Lassen sie sich überhaupt gestalten?
- Welche Verteilungsprobleme lassen sich im Kontext aktueller Transformationsprozesse diagnostizieren?

Weiterhin werden Bedingungen diskutiert, die gerade im Hinblick auf die Größenordnung der anstehenden Probleme vorliegen müssten, um demokratische Politik (wieder?) zu einem Lösungsmechanismus zu machen:

- Gibt es Probleme, die ausgespart werden sollten, weil sie demokratische Mechanismen überfordern?
- Inwiefern ist die neoliberale Betonung von Politikversagen eine Kritik im Sinn besserer Problemlösung, inwiefern kann sie lösungsorientierte Potentiale von Politik beschädigen?
- Kann politische Polarisierung ein Katalysator der Problemlösung sein? Oder ist sie im Wesentlichen ein Hindernis?
- Was ist vom unternehmerischen Staat zu halten?

Die Aufsätze dieses Jahrbuchs¹ nähern sich diesen und anderen Problemstellungen auf unterschiedlichen Ebenen. Die beiden einleitenden Beiträge setzen die Herausforderungen, die sich aus digitalen, ökologischen und globalisierungsbedingten Transformationen ergeben, mit Eigendynamiken in Beziehung, die sich im Bereich des Politischen entwickeln. *Ulrich Klüh* und *Richard Sturn* gehen dabei mit unterschiedlichen Akzentuierungen und unterschiedlichen historischen Bezügen auf die Voraussetzungen und Problemlösungspotentiale demokratischer Politik im Lichte anstehender transformatorischer Herausforderungen ein. Dabei greifen sie in der Tradition Schumpeters (1942) unterschiedliche Konzeptionen von Demokratie und Politik auf, welche die aktuelle *Verfasstheit des Politischen* beeinflussen. Dies schließt bei beiden kritische Bezüge zu Autoren wie Carl Schmitt ein, der bisher nicht nur in der Ökonomik, sondern auch in der Politischen Ökonomik wenig beachtet wurde, jedoch womöglich ein Schlüssel zum Verständnis der Implikationen politischer Polarisierungen (Stichwort „Populismus“) sind, welche für politische Gestaltungspotentiale folgenreich sein dürften.

Die darauf folgenden Aufsätze beleuchten die Thematik aus drei unterschiedlichen sozialtheoretisch-ökonomischen Perspektiven: *Ulrich Witt* diskutiert die „Krisen des global expandierenden Kapitalismus“ einschließlich der jüngsten Migrationskrise aus einer evolutionstheoretischen Sicht. *Michael Roos* zeigt auf, wie Ansätze und Einsichten agentenbasierter Modellierungen genutzt werden können, um Transformationsprozesse und die Bedeutung unterschiedlicher Akteure darin besser zu verstehen. *Andrea Maurer* erörtert die Hauptthesen und die Erklärungslogik zweier klassischer Theorieangebote, welche durch ihre groß angelegten Perspektiven ein Verständnis der Institutionen des modernen Kapitalismus ermöglichen, das sowohl mikroökonomische, polit-ökonomische als auch wirtschaftssoziologische Institutionentheorien ergänzt: Karl Polanyi und Max Weber.

Es folgen drei Beiträge, welche unterschiedliche Kriterien für die soziale Vorzugswürdigkeit von Märkten, demokratischen Prozessen und rahmengebenden Institutionen entwickeln bzw. nutzen: *Mathias Erlei* kombiniert theoretische Einsichten und empirische Befunde, welche

¹ Den Kern dieses Jahrbuches bilden anonym begutachtete Aufsätze im Anschluss an Vorträge, die im Rahmen der Tagung *Kapitalismus, Globalisierung, Demokratie* im September 2016 an der Evangelischen Akademie Tutzing gehalten wurden.

Rückschlüsse auf jene Elemente des Ordnungsrahmens dynamischer Marktwirtschaften erlauben, die ökonomischer Prosperität mehr oder weniger zuträglich sind. *Johannes Marx und Johann Waas* diskutieren die grundlegende Frage, ob und inwiefern Demokratie und Marktwirtschaft intrinsischer bzw. instrumenteller Wert zugeschrieben werden kann. *Holger Strassheims* Aufsatz über die Globalisierung der Verhaltenspolitik zeigt exemplarisch auf, wie verhaltensökonomisch erschlossene Befunde und Methoden auf übergreifende Weise nicht nur bestimmte *Policy tools*, sondern die Bedingungen und Perspektiven demokratischer Politik transformieren können, was im Übrigen auch für manche Aspekte der Digitalisierung zutreffen dürfte.

Drei weitere Aufsätze nehmen sodann aus ganz verschiedenen Perspektiven unterschiedliche „Regimes“ des Kapitalismus in den Blick: *Joachim Ahrens, Herman W. Hoen* und *Axel Wölk* entwickeln eine Taxonomie unterschiedlicher Formen des modernen Staatskapitalismus. *Nenad Pantelic* zeigt, dass der Stellenwert von Demokratie einerseits und empirischer Evidenz andererseits wirtschaftspolitisch relevante Kriterien zur Unterscheidung *dreier Varianten des Wirtschaftsliberalismus* (oder: des „Neoliberalismus“) liefert, bei denen auch der „Alternativenradikalismus“ eine unterschiedlich Rolle spielt. *Willi Altzinger* thematisiert einen Zusammenhang, dessen Überformung durch die „Dominanz neoliberaler Politik“ von manchen Autoren stark betont wird: Gemeint sind die Interdependenzen von Verteilung und Demokratie unter den Vorzeichen einer von ubiquitären Deregulierungs- und Liberalisierungsprozessen geprägten Globalisierung. Altzinger beschäftigt sich auch mit der von Thomas Piketty aufgeworfenen Frage: Gibt es eine Transformation zum patrimonialen Kapitalismus? Deren Beantwortung dürfte weitgehende Implikationen für die Qualität von Demokratie haben, da dieser Zusammenhang die Reichweite der Übersetzung ökonomischer Macht in politische Macht betrifft.

Die Frage der Gestaltung von Transformationsprozessen unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit erörtern abschließend *Gisela Kubon-Gilke* und *Sebastian Strunz*: Kubon-Gilke diskutiert den Zusammenhang zwischen unterschiedlichen Ebenen der (ökologisch-ökonomisch-sozialen) Nachhaltigkeit und ergänzt dies mit einer gestalttheoretisch informierten Erörterung von Transformationspfaden. Zum andern arbeitet Strunz die Bedeutung von Krisen als Katalysator transformationspolitischer Reformaktivitäten heraus, auch anhand historischer Beispiele des Umgangs mit

krisenhaften Herausforderungen etwa im Kontext der Siedlungsgeschichte Grönlands.

Die AutorInnen dieses Jahrbuchs verzichten auf Prognosen à la Schumpeter (1942): Weder wird der *Untergang des Kapitalismus* prophezeit noch ein Abgesang auf die Demokratie angestimmt. Schumpeter seinerseits betrachtete seine berühmt-berüchtigten Prognosen in erster Linie als Provokation zur Erzeugung von Aufmerksamkeit und Belebung der Diskussion, denn er schreibt: „Was bei jedem Versuch einer sozialen Prognose zählt, ist nicht das Ja oder Nein, das die dazu führenden Argumente zusammenfasst, sondern diese Tatsachen und Argumente selbst. Diese enthalten alles, was daran Wissenschaft ist. Alles andere ist nicht Wissenschaft, sondern Prophezeiung.“ (Schumpeter 1942: S. 105) In diesem Sinn will der vorliegende Band des Jahrbuchs keine Prophezeiungen anbieten, sondern eine strukturierte Sammlung von Analysen und Argumenten.

Literatur

- Fukuyama, Francis (1989): *The End of History? The National Interest* 16, S. 3-18.
- Rodrik, Dani (2011): *The Globalization Paradox. Democracy and the Future of the World Economy*. New York: Norton & Company.
- Schumpeter, Joseph A. (1942): *Capitalism, Socialism, and Democracy*. New York: Harper.
- Streeck, Wolfgang (2011): The Crises of Democratic Capitalism. *New Left Review* 71, S. 5-29.

Kapitalismus, Globalisierung, Demokratie: Große Transformationen und das Politische

*Richard Sturn**

Abstract: Contemporary developments including globalization, international integration, digitization, and global ecological problems are discussed in the light of *three “paradigms” of the political*. Pertinent challenges and recent crises of political systems are examined with regard to their implications for the three “paradigms”. On this basis, tentative answers to the core question are offered: May we expect democratic political systems to successfully address contemporary problems of transformation? Or is *the political* rather a source of problems of its own? By way of conclusion, some conditions for a moderately optimistic outlook are stated.

Keywords: great transformation, globalization, climate change, political economy, democracy, Joseph Schumpeter, Chantal Mouffe, Carl Schmitt.

JEL-Klassifikation: B15, O1, P00, Q01.

* Prof. Dr. Richard Sturn, Universität Graz, Institut für Finanzwissenschaft und Öffentliche Wirtschaft, Universitätsstraße 15, A-8010 Graz • [richard.sturn@uni-graz.at] Für hilfreiche Hinweise danke ich Rudi Dujmovits und Gisela Kubon-Gilke.

1. Einleitung

Versucht man die Zeit einzugrenzen, in der die heute bestimmenden transformatorischen Bedingungen und Triebkräfte erstmals auf unterschiedlichen Ebenen deutlich sichtbar wurden, so landet man in den 1970er Jahren. Aus jener Zeit datieren zwei Werke des 1978 verstorbenen austro-britischen Ökonomen Fred Hirsch, die heute als faszinierende erratische Blöcke aus einer vielfältig gegliederten Landschaft ragen. Das bekanntere der beiden bezieht sich auf jene „Tretmühle des Statuskonsums“, von der Sebastian Strunz (JBNIÖ 2017; in diesem Band) spricht. Hirsch entfaltete diese These in seinen „Social limits to growth“ (1976). Sie zeitigte damals eine gewisse Breitenwirkung im Kontext wachstumskritischer Diskurse und regte Modellierungen von Positions-Externalitäten an. Dagegen bezieht sich Hirsch (1977) auf den Politisierungsgrad internationaler Handelsbeziehungen und latente Kräfte des wirtschaftlichen Nationalismus. Wie wir sehen werden, setzte sich Paul Volcker damals mit Hirschs Überlegungen auseinander. Volcker sollte aufgrund seiner zinspolitischen Inflationsbekämpfung als U.S.-Notenbankpräsident wenig später ein Wirtschaftspolitiker von historischem Rang werden. Indes: Manche werden zu der Auffassung neigen, Hirsch habe in beiden Fällen Gespenster gesehen. Haben nicht Liberalisierungswellen und postkommunistische Umbrüche dafür gesorgt, dass der Primat der Politik wie selten zuvor zurückgedrängt wurde? Und hat uns nicht (jenseits der Tretmühle eines letztlich ebenso unersättlichen wie unbefriedigenden *more of the same*) die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung Innovationen in Informationstechnologie und Digitalisierung beschert, welche analog zu früheren Entwicklungen (etwa der Eisenbahn) neue Perspektiven eröffneten und tiefreichende Auswirkungen auf Arbeitsteilungsmuster, Alltagskommunikation, ökonomische Geographie sowie relative Knappheitsverhältnisse und Einkommensverteilung zeitigten? Gewiss: All dies ist zu bedenken. Hirsch war indes wohl in beiden seiner Thesen Herausforderungen heutiger Gesellschaften auf der Spur, die für alternative Perspektiven von Transformationsprozessen relevant sind. Um dieses Argument zu entfalten, werde ich wie folgt vorgehen: In Abschnitt 2 werden wichtige in den 1970er Jahren sichtbar gewordene Tendenzen resümiert. In Abschnitt 3 stelle ich drei „Paradigmen“ der Politik (repräsentative Vertreter sind Carl Schmitt, Jürgen Habermas und Richard Musgrave) vor und diskutiere, wie sie

zueinander in Bezug zu setzen sind. Abschnitt 4 konfrontiert diese Paradigmen in fragmentarischer Form mit den in Abschnitt 2 skizzierten Trends und beleuchtet damit zusammenhängende Verschiebungen in den Koordinaten des Politischen. Der Schlussabschnitt 5 verbindet die Diagnose aktueller Konstellationen mit Überlegungen zu zwei Modi von Transformation unter Bedingungen der Wissensgesellschaft, die mit unterschiedlichen Konjunkturen des Politischen zusammenhängen. Keine der beiden impliziert eine umfassende Planung von Transformation. Die eine (nennen wir sie: progressive Transformation) enthält jedoch Elemente einer antizipativen (auch wissenschaftsgestützten) Gestaltung und Mechanismen, die einem friedlich ablaufenden Prozess zuträglich sind. Die andere ist deutlich konflikträchtiger und vollzieht sich in höherem Maße hinter dem Rücken der Akteure, deren politischer Aktivismus und deren unternehmerische Antriebe auf andere Art kanalisiert werden als im Falle der progressiven Transformation.

2. Die 1970er Jahre: Megatrends und Bruchlinien

Die 1970er Jahre waren von einer Reihe von Vorkommnissen geprägt, durch die dem damals in Mode gekommenen Begriff *Wende*¹ eine gewisse historische Berechtigung zuwächst. Das Sichtbarwerden von Indizien der Wende nahm verschiedene Formen an: als Bruchlinie, als singuläres Ereignis mit Signalcharakter oder schon als übergreifende Tendenz. Schon die selektive Aufzählung einiger wichtiger, teils ineinandergreifender Tendenzen und Ereignisse aus den 1970er Jahren nimmt einigen Raum in Anspruch:

1. Das Wetterleuchten der zwei Ölpreisschocks signalisierte das Ende jener geopolitischen Konstellation, welche durch günstige Energie- und Rohstoffpreise den nachkriegskapitalistischen Aufschwung vor allem der U.S.-amerikanischen Bündnispartner in Europa und Ostasien begünstigte.

¹ Erhard Epplers (1975) „Ende oder Wende“ war eine Pionierleistung des Wende-Framings, das von der deutschen CDU im Bundestagswahlkampf 1976 effektiv aufgegriffen wurde.

2. Der Zusammenbruch des Währungssystems von *Bretton Woods* und die Herausbildung eines Regimes flexibler Wechselkurse kann als teilweise politisch geplantes Element im initialen Stadium eines umfassenderen Umbruchs in der politischen Ökonomie der internationalen Währungsordnung im Kräftefeld *nationaler Interessen und Liberalisierungstendenzen* verstanden werden.
3. In Verbindung mit dem Recycling der (nach Anlagemöglichkeiten suchenden) Überschüsse wichtiger erdölexportierender Länder bildete sich eine neue Rolle der USA im Weltfinanzsystem heraus und es kam ein Prozess der Finanzialisierung in Gang. Jener Prozess wurde nicht zuletzt in der Politischen Ökonomie der Verschuldung von Staaten (auch des Ostblocks!) angesichts der erwähnten Volckerschen Hochzinspolitik historisch wirkmächtig.
4. Die Diskreditierung keynesianischer Rezepte aufgrund der Schwierigkeiten, mit der Stagflation der 1970er fertig zu werden, trug einerseits zu Politik- und Steuerungskepsis bei und schuf andererseits politischen Raum für angebotspolitische Alternativen zur keynesianischen Nachfragesteuerung, welche weitgehend marktliberalen Lehren im Sinne des Abbaus interventionistischer Allokationsverzerrungen folgte.
5. Der zunehmende Erfolg politischer Plattformen, die Steuersenkungen und das Zurückdrängen des Sozialstaats propagierten, signalisierte Erosionstendenzen jenes politischen Quasi-Konsenses zugunsten eines sozialstaatlich und sozialpartnerschaftlich eingebetteten Kapitalismus, der sich nach dem Krieg in verschiedenen Formen herausgebildet hatte. Dazu gehört Margareth Thatchers radikale Abkehr von der großen „Beaconsfield-Tradition“² eines moderaten, sozialpolitisch sensiblen Konservatismus, welche sich Ende der 1970er-Jahre in denkwürdigen Tory-internen Diskussionen um die Europäische Sozialcharta manifestierte.
6. Der Parteienwettbewerb europäischer Demokratien wurde zunehmend durch Innovationen geprägt, welche die bipolare Rechts-Links-Struktur relativierten. Dazu zählt das Aufkommen (i) der Grünen und

² Der bedeutendste Tory-Premier der viktorianischen Epoche, Benjamin Disraeli, wurde als Lord Beaconsfield geadelt.

- (ii) von vorerst isolierten Protestparteien mit rechtspopulistischer Tendenz etwa in Dänemark. All dies spiegelt eine breitenwirksame Transformation mentaler Modelle wider, aber auch einen Pluralisierungsschub: die Bedeutung der „sozialen Frage“ wurde relativiert, wohingegen ökologische Probleme, das Geschlechterverhältnis und ein breites Spektrum identitätspolitischer Fragen ebenso politisch strategiefähig wurden wie die Rhetorik der Anti-Politik und der Staatskepsis.
7. Die Niederlage des fundamentalistischen Flügels des Maoismus („4er Bande“) in der Nachfolge Maos und der Beginn der Reformpolitik in China schuf die Voraussetzung für die Möglichkeit von Globalisierung unter Einbezug Chinas. Zudem erwuchs daraus eine Art empirischer Evidenz für die Unverzichtbarkeit marktförmiger Prozesse in modernen Gesellschaften, die durch die tiefen Krisen anderer Alternativmodelle zum Kapitalismus (Sowjetkommunismus, Jugoslawien) in den 1980ern verstärkt wurde.
 8. Die bis anhin latente Rolle des Islam als politischer Faktor erlangte durch den Sturz des Schahs in einer islamischen Revolution, die Aktivitäten der Muslimbrüder in Ägypten (Ermordung Sadats) sowie die westlichen Zweckbündnisse mit islamistischen Kräften zur Eindämmung des Sowjetkommunismus (Afghanistan) bzw. der radikalen Linken (Türkei) eine neue Qualität. Dies wurde in der Folge zum Katalysator der Entwicklung mannigfacher Formen und Qualitäten von Identitätspolitik und „Pluralismus“, welche im vielschichtigen Prozess der Globalisierung sowohl die internationale Politik als auch die demokratische Innenpolitik vor neue Herausforderungen stellen sollten.
 9. 1979 wurde die erste Weltklimakonferenz abgehalten, deren Programmatik³ eine weitreichende Antizipation bis heute relevanter Herausforderungen enthält.

³ „The declaration of the First World Climate Conference held in 1979 ... proposed the establishment of the World Climate Programme (WCP). Consequently, the World Meteorological Congress ... established WCP as an authoritative international scientific programme. The four main objectives adopted for the WCP were to:

10. Last but not least gewannen Tendenzen informationstechnologischer Transformation hin zur „Wissensökonomie“ in diesem Zeitraum eine irreversible Eigendynamik, man denke beispielsweise an die Geschichte der Entwicklung des Internets.

Die skizzierten Tendenzen auf all diesen verschiedenen Ebenen schufen die technologischen, institutionellen und mentalen Voraussetzungen für eine größere Transformation. Gleichzeitig erwuchs aus ihnen ein Ensemble von Möglichkeiten und Beschränkungen, welche bestimmen, inwiefern und wie diese Prozesse von Akteuren beeinflusst und gestaltet werden können. Worin bestehen diese Möglichkeiten und Beschränkungen? Welche Gestaltungshorizonte tun sich auf?

Eine Antwort auf all diese Fragen setzt die Antwort auf einen zentralen Fragenkomplex voraus: Was kann Politik – und worin besteht „das Politische“? Diese Frage muss adressiert werden, bevor einige der oben genannten Entwicklungen und ihre transformativen Implikationen kommentiert werden. Denn jene Entwicklungen stellen zum einen Teil Herausforderungen an politische Gestaltung dar, zum anderen Teil deuten sie auf Verschiebungen zwischen unterschiedlichen Paradigmen von Politik.

Bevor ich nun auf die Diskussion dieser unterschiedlichen Paradigmen eingehe, sei der Horizont der folgenden Erörterungen für die Transformationsdiskussion angedeutet. Er beruht auf einer ko-evolutiven Sicht sozio-ökonomischer Entwicklung, in der unterschiedliche Sphären der Gesellschaft zusammenwirken (vgl. Schumpeter 1912 und 1942). Beginnen wir mit der Ökonomie. Walter Rathenau prägte den Satz, die *Wirt-*

- Determine the physical basis of the climate system that would allow increasingly skillful climate forecasts;
- Develop evermore useful applications of climate information benefiting economic efficiency, the human health of communities, food production and the prudent use of water resources;
- Determine socio-economic impacts and national vulnerabilities to climate variations and change; and
- Develop and maintain an essential global observing system fully capable of supporting the other three objectives.

WCP was established as an interagency, interdisciplinary effort, with WMO, ICSU and United Nations Environment Programme (UNEP) initially as the co-sponsors.“ (World Meteorological Organization o.J.)

schaft ist unser Schicksal. Viele werden ihn heute kryptisch finden. Was aber kann damit gemeint sein? Folgende Übersetzung sei hier vorgeschlagen: Der marktwirtschaftliche Kapitalismus ist unser Schicksal – und zwar in dem Sinne, dass die Logik des Marktes und kapitalistische Verfügungsrechtsstrukturen Möglichkeiten ökonomischer Dynamik bieten, die auch andere Teilsysteme erfasst, aber auch Beschränkungen (Constraints) für politische Gestaltung in sich bergen. Peter Hammond (1987) hat vor Jahrzehnten die Logik von „Markets as Constraints“ analysiert und damit einen Teil dieser Beschränkungen mikroökonomisch expliziert. Meinte man jedoch, mit Hammonds Aufsatz liege eine wissenschaftlich rigorose Begründung des Diktums von der „marktkonformen Demokratie“ *avant la lettre* vor, ginge man fehl. Denn – und dies ist die Pointe von Schumpeters (1942) *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* – nicht nur die Wirtschaft ist unser Schicksal, sondern auch die *Politik kann unser Schicksal sein* – und dies schließt insbesondere Demokratie in einem sehr weiten Sinne ein. Wie kann das sein?

Schumpeter stellte sich die Dynamik der modernen Entwicklung als asymmetrische Koevolution verschiedener Sphären (man könnte auch sagen: Subsysteme bzw. Sektoren) vor, die für das soziale Leben menschlicher Gesellschaften Bedeutung besitzen: (1) Wirtschaft, (2) Politik, (3) sozio-kulturell-familiale Reproduktion, welche auch Normen und Einstellungen umfasst und (4) Wissenssysteme, also in der modernen Gesellschaft zunehmend das Wissenschaftssystem. In der Epoche des Hochkapitalismus war die asymmetrische Koevolution von der ökonomischen Sphäre dominiert, deren Logik etwa die Sphäre politischer Institutionen und der familialen Reproduktion mehr beeinflussten als umgekehrt. Schumpeter (1942) diskutiert nun Dynamiken und Beschränkungen, die von den ko-evolutionär transformierten Sphären („Politik“, „Familie“) auf Ökonomie und Gesamtgesellschaft ausgehen. Er war der Auffassung, dass irgendwann um die Wende des 19./20. Jahrhunderts eine Epoche begonnen habe, in der (im Sinne des bestimmenden Pols der Ko-Evolution) mehr und mehr die demokratische Politik zu unserem Schicksal werde, was eventuell in einer Art Sozialismus kulminieren könnte⁴. In diesem Sinn bringen es große Transformationen mit sich,

⁴ Man könnte darüber spekulieren, ob sich dies beginnend in den 1970er Jahren wieder umgekehrt habe bzw. ob aktuelle neo-merkantilistische Tendenzen, wie sie

dass (i) ko-evolutionäre Prozesse des Wandels alle Sphären durchdringen und zudem (ii) sich die „schicksalhaften“ Einflussrichtungen im ko-evolutionären Zusammenspiel der gesellschaftlichen Sphären ändern bzw. umkehren.

3. Drei Paradigmen des Politischen

Um die im vorigen Abschnitt aufgeworfenen Fragen einigermaßen präzise diskutieren zu können, ist es nun erforderlich, auf die Logik der Politik bzw. des „Politischen“ einzugehen. An dieser Stelle tut sich indes eine bemerkenswerte Schwierigkeit auf: Es sind drei diametral verschiedene Diskussionskontexte von Politik (im Folgenden „Paradigmen“ genannt) in Betracht zu ziehen, welche das Politische und damit auch den Stellenwert von Demokratie unter ganz unterschiedlichen Aspekten verorten.

- (1) Instrumentelles Paradigma: Politik wird als kollektiver Mechanismus der systematischen Bearbeitung bestimmter Probleme gesehen, zumal solcher, die marktförmiges Handeln nicht oder nicht zufriedenstellend zu lösen vermag. Manche Ansätze betonen dabei insbesondere Politik als Instrument zur Erlangung gruppenspezifischer Vorteile (bzw. Beseitigung von Nachteilen); bei anderen steht Politik als Instrument der Bereitstellung öffentlicher Güter *im weitesten Sinn* im Vordergrund⁵. Eine ökonomisch-theoretische Kodifizierung eines solch „progressiven“ instrumentellen Paradigmas ist Richard Musgraves Dreiteilung der öffentlichen Aufgaben in *allokative, distributive und stabilisierungspolitische* Aufgaben.
- (2) Paradigma normativer Theorie: Politik als systematischer Ort anspruchsvoller Interaktionsformen, die einer Sozietät vernunftbegabter, freier Akteure angemessen sind. Die Akzente können hierbei unterschiedlich sein: (i) aristotelische Vorstellungen eines in das

sich unter der Präsidentschaft Trumps verstärkt abzeichnen, als Anzeichen einer erneuten Trendumkehr zu bewerten sind.

⁵ Oft ist dies mit Vorstellungen sozialen Nutzens bzw. des Gemeinwohls als Maßstab für die Vorzugswürdigkeit sozialer Konsequenzen verbunden bzw. mit Sozialen Wohlfahrtsfunktionen, die das Abwägen der Vorzugswürdigkeit alternativer Konsequenzen erlauben.

Wertgefüge der Polis eingebetteten „guten Lebens“ in der Polis (anspruchsvolle Politik als tugendethisch aufgeladene Lebensform, wie sie bei Sandel 2013 oder Polanyi 1944 durchscheint), (ii) republikanische Traditionen der *civic virtues* (vgl. z.B. Pettit 1997), oder aber (iii) die deliberative Demokratie à la Habermas oder Rawls. Im Zentrum stehen jedenfalls Regeln, Prozeduren und Prozesse von Politik, die mit begründbaren Rechten, Tugenden oder anderen normativ ausgezeichneten Aspekten verwoben sind und als Angelpunkt des Zusammenlebens menschlicher Akteure in freien Gesellschaften angesehen werden.

- (3) Carl Schmitt-Paradigma. Die prägnanteste Darstellung im 20. Jahrhundert findet sich in Carl Schmitts „Der Begriff des Politischen“ (1933): Das Politische als Sphäre der Abarbeitung identitätsbasierter Feind-Freund (us-them) Gegensätze; also allgemein von Logiken, die sich aus Hypothesen der politischen Psychologie und Anthropologie ergeben.

Das dritte „Paradigma“ wird von einer heterogenen Schar antirationalistischer/vernunftskzeptischer DenkerInnen verfolgt, unter denen heute wohl Carl Schmitt und Chantal Mouffe, eine aktuelle Vordenkerin des Linkspopulismus, die Einflussreichsten sind. Das Politikverständnis des amerikanischen Pragmatismus (John Dewey) ist dem ersten Paradigma zuzurechnen. Varianten dieses Paradigmas wurden in den modernen Wirtschaftswissenschaften am ausführlichsten bearbeitet und teils kontrovers (Buchanan und Musgrave 1999) diskutiert. Das zweite Paradigma ist vorwiegend die Domäne der politischen Theorie bzw. politischen Philosophie und umfasst ein breites Spektrum unterschiedlicher Ansätze normativer Theorie. Im Hinblick auf eine vergleichende Betrachtung der drei Paradigmen mag zunächst der Hinweis in den Sinn kommen, man müsse unterscheiden zwischen dem, was Politik sein sollte oder könnte, und dem, was das Politische tatsächlich ist. Ja, gewiss, das muss man. Diese Einsicht sollte jedoch nicht dazu verleiten, die Paradigmen eilig in entsprechende Schubladen zu rubrizieren und es dabei zu belassen. Wir werden sehen, dass die Schwierigkeiten und Möglichkeiten von Politik in den aktuellen Transformationsprozessen nicht zu verstehen sind, ohne Einsichten aus allen drei „Paradigmen“ zu nutzen, so wie dies auch im Hinblick auf vergangene Epochen des Politischen in unterschiedlicher Gewichtung der Fall ist. Beispielsweise sind erfolgreiche politische Pro-

zesse um die Entstehung von Verfassungen bzw. eines ordnungspolitischen Rahmens wohl nicht ohne deliberative Momente denkbar, in denen Motive eines normativen Paradigmas wirkmächtig werden (vgl. Elster 2000). Die Phase politischer Stabilität und einer aufgabenorientierten Expansion des öffentlichen Sektors nach dem 2. Weltkrieg folgte im Wesentlichen der Logik des progressiv-instrumentellen Paradigmas. Während dieser Epoche wurden die vom Schmitt-Paradigma betonten Energien der Polarisierung teils vom Ost-West Gegensatz absorbiert. Das innenpolitische Residuum dieser Antagonismen wurde zumal in den deutschsprachigen Ländern und Skandinavien *sozialpartnerschaftlich sublimiert*⁶: Den Akteuren war durchaus bewusst, dass Politik auch Verteilungsfragen zu lösen hat. *Sozialpartnerschaft bedeutete, dass dies möglichst in einem Win-Win-Framing im Kontext von Allokations- und Stabilisierungspolitik erfolgte*. Dagegen sind in Zeiten politischer Krisen und Instabilität die im Schmitt-Paradigma betonten Kräfte nicht zuletzt deshalb dominant, weil die Politik Allokations- und Stabilisierungsprobleme nicht lösen kann, will oder (gemäß herrschender Ideologie) soll. Dies trifft für die Weimarer Republik zu; entsprechende Tendenzen begleiten aber auch die aktuelle Schwächephase des progressiv-instrumentellen und aktuelle diagnostische Defizite des normativen Paradigmas: Chantal Mouffe (z.B. 2007) ist vorbehaltlos zuzustimmen, dass Schmitt ein Schlüssel zum Verständnis rezenter Hochkonjunkturen des Populismus ist.

Fragmente vergleichender Zusammenschau. Eine systematische Zusammenschau der drei Paradigmen ist schwierig. Die jeweiligen Ansatzpunkte sind so unterschiedlich, dass es wenig gemeinsame Koordinaten gibt. Substantielle, ertragreiche Auseinandersetzungen zwischen den Paradigmen (die sich gründlich mit Problemstellungen des jeweils anderen Paradigmas befassen und über tangentialer Bemerkungen mit abschätziger Tendenz⁷ hinausgehen) sind nicht allzu zahlreich. Im Rahmen dieses

⁶ Bruno Kreisky, der österreichische Kanzler von 1970-1983, bezeichnete die Sozialpartnerschaft als „sublimierten Klassenkampf“. Diese Wendung ist gerade für Österreich analytisch weitaus treffender als Chantal Mouffes (2007) durchaus mangelhafte Charakterisierung der österreichischen Verhältnisse nach 1945 als „Konsenspolitik“.

⁷ Mouffe pflegt Vertreter einer (links)liberalen Version des normativen Paradigmas wie Habermas und Rawls einer „selbstgefälligen“ (complacent) Verleugnung der

Aufsatzes kann kein systematischer Vergleich geboten werden. Aus diversen Gründen erfordert der Vergleich dieser Paradigmen Differenzierungen, die teils quer zu üblichen Kategorisierungen liegen: (i) Ansätze aus den einzelnen Paradigmen sind zum Teil zwar oft weltanschaulich aufgeladen, liegen aber quer zu den politischen Links-Rechts-Koordinaten. Salopp formuliert: es gibt ideologisch unterschiedliche Varianten. (ii) Die Paradigmen sind über ideologische Differenzen hinaus nicht in sich geschlossen, sondern stellen heterogene Gruppen von Patchwork-Familien dar, deren Protagonisten meist mit innerfamiliären Streitigkeiten und Klärungen beschäftigt sind. (iii) Sie sind mehr oder minder eng mit unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Disziplinen verbunden. (iv) Der Gegenstandsbereich dieser Paradigmen versagt sich seit jeher hermetischen disziplinären Abgrenzungen und hat daher fast unvermeidlich vertrackte transdisziplinäre Diskurse hervorgebracht.

Niccolo Machiavelli ist ein früher Vertreter einer übergreifenden Perspektive, aber ich stütze mich hier besonders auf folgende drei Autoren: Schumpeter (1942) verbindet ansatzweise Fragen der instrumentellen Leistungsfähigkeit politischer Mechanismen mit Überlegungen zur politischen Psychologie. Bei Jon Elster (2000 und 2008) werden (i) *Abstimmungsmechanismen*, (ii) *deliberatives Argumentieren* und (iii) „*Bargaining*“ als drei verschiedene Modi der Erzeugung politischer Lösungen gehandelt, die in Abhängigkeit von Problemstellung, Problemebene und situativen Umständen mehr oder minder große Bedeutung erlangen. Komplementär zu Elster ist Joshua Greenes (2013) „*Moral Tribes*“ nützlich, der Elemente aus allen drei Paradigmen auf interessante Weise zueinander und zu neueren verhaltenswissenschaftlichen Befunden in Beziehung setzt. Greene diskutiert die Empirie aktueller politischer Polarisierungen, geht aber nicht auf Spezifika politischer Mechanismen ein. Wir wollen im Folgenden zunächst punktuell Profil und Relevanz der einzelnen Paradigmen beleuchten und dann zusehen, wie sie zu den in Abschnitt 2 skizzierten Tendenzen und Bruchlinien in Beziehung stehen. Beginnen wir mit einem Vergleich der drei Paradigmen vor dem Hinter-

Tatsachen zu zeihen, wohingegen das instrumentelle Paradigma mit Ideologieverdacht belegt wird. Das *progressiv-instrumentelle Paradigma* in der Tradition Wicksell-Musgrave (vgl. Sturm/Dujmovits 2017) wird als Konzeption von Politik von fast allen Strömungen der politischen Theorie nur unzureichend wahrgenommen.

grund der von Jon Elster vorgeschlagenen Unterscheidung dreier Modi des Politischen. Sofern sich Vertreter des instrumentellen Paradigmas mit politischen Prozessen befassen, wie dies eine v.a. von Knut Wicksell (1896) ausgehende Tradition tut, stehen typischerweise *Abstimmungsprozesse* im Zentrum, mitunter ergänzt durch die Analyse der Eigenschaften des politischen Bargaining. Im Kontext deliberativer Demokratie und republikanischer Traditionen kommt der *argumentativen* Suche nach allgemein akzeptablen Antworten besondere Aufmerksamkeit zu, ergänzt durch Partizipationsrechte im Hinblick auf demokratische Diskurse und Willensbildungsprozesse. Wichtige Vertreter des psychologisch-anthropologischen Paradigmas wie Carl Schmitt beschäftigen sich mit politischem *Bargaining*, dessen innenpolitische Ausprägung in pluralistischen Demokratien Schmitt allerdings als Degenerationsform des Politischen betrachtet. Dennoch ist Bargaining jener der drei Elsterschen Modi, die am ehesten dem Politikparadigma à la Schmitt entsprechen. Die bei Schmitt thematisierte Eskalation von Gewaltmitteln entspricht im Prinzip der Logik von Bargaining; der Verzicht darauf setzt schon einen mehr oder minder anspruchsvollen Ordnungsrahmen voraus.

Typische Vertreter des progressiv-instrumentellen Paradigmas pflegen vom Schmitt-Paradigma wenig Notiz zu nehmen. Richard Musgraves Auseinandersetzung mit der Finanzsoziologie Rudolf Goldscheids und Schumpeters (deren machtbezogene Perspektive analytische Schnittstellen zum Schmitt-Paradigma aufweist) stellt eine aufschlussreiche Ausnahme dar, welche die Schwierigkeiten einer Verständigung dokumentiert (vgl. Sturm/Dujmovits 2017). Politikskleptische Vertreter des instrumentellen Paradigmas wie James Buchanan betonen v.a. die Grenzen der politischen Maschinerie als Instrument der effizienten Erfüllung öffentlicher Aufgaben, die den Missbrauchsmöglichkeiten dieser Maschinerie zur Durchsetzung gruppenspezifischer Interessen geschuldet sind. Deswegen liegen die Dysfunktionen dieser Maschinerie (v.a. das zum Rent-seeking degenerierte politische Bargaining) ebenso an der Schnittstelle von Buchanan und Schmitt wie das Interesse an Thomas Hobbes.

Carl Schmitt und Chantal Mouffe. Schmitt wie auch Mouffe können zwei Stärken zugeschrieben werden. Zum einen ein gewisses Sensorium für politische Psychologie und deren zeitbezogene Relevanz – und zum anderen widmen sie den anderen Paradigmen doch etwas mehr echte Aufmerksamkeit, als letztere es umgekehrt halten. Allerdings erschließen sich gerade aus der Art der Auseinandersetzung blinde Flecken. Das Fol-

gende wird daher aus der Perspektive einer Kritik der Art und Weise dargestellt, wie sich Chantal Mouffe als Vertreterin des Schmitt-Paradigmas mit den beiden anderen Paradigmen auseinandersetzt. Mouffe (2007: S. 20) diagnostiziert beim instrumentellen Paradigma ideologisch überschießenden Individualismus und eine marktanaloge Perspektive auf die Politik. Letztere trifft zwar für politikskeptische Strömungen (wie die von James Buchanan begründete Virginia School of Public Choice) zu, *nicht jedoch auf „progressive“ Versionen des instrumentellen Paradigmas*. Ein Pioniervertreter dieses von Richard Musgrave weiterentwickelten Paradigmas war der schon genannte Knut Wicksell (vgl. Sturn 2010). Wicksell (1896) untersuchte systematisch die Eigenschaften von Abstimmungsprozessen im Hinblick auf Problemlösungen des öffentlichen Sektors, im Besonderen die Bereitstellung öffentlicher Güter. Wicksell (1896) bot also mehr und anderes, als die schon von John Stuart Mill kritisierten (in der Tat mit Tauschanalogien operierenden) Quid-pro-quo Theorien der Besteuerung. Ausgehend von Autoren wie Emil Sax begründete er ein Forschungsprogramm, das die Frage stellt und in weiterer Folge differenziert zu beantworten erlaubt: Unter welchen Bedingungen und in welchem Maße kann der Staat im Wege demokratischer Steuerbewilligung zu einer *Maschinerie zur Erfüllung genuin öffentlicher Aufgaben* werden, die der bestmöglichen Umsetzung individueller Präferenzen im Hinblick auf öffentliche Aufgaben dient? Für dieses Forschungsprogramm sind drei Zutaten nötig: (i) ein hinreichend klares Konzept quantifizierbarer öffentlicher Aufgaben mit benennbaren Finanzierungsbedarfen (z.B. das Konzept öffentlicher Güter), (ii) die simultane Betrachtung von Einnahmen und Ausgaben und (iii) eine Erfassung individueller Abwägungsprozesse zwischen öffentlichen und privaten Ausgaben. Auf diese Art wird eine Rationalisierung politisch-öffentlicher Problemlösungen unter individualistischen Vorzeichen anvisiert, die *nicht marktreduktionistisch* ist, sondern für die im Gegenteil *nicht-marktförmige Prinzipien der Kollektiv-Entscheidung und Budgetierung* maßgebend sind. Wenn man mit Wicksell davon ausgeht, dass Politik/Staat/öffentlichem Sektor in der Moderne die Lösung von Problemen obliegt, die anderweitig (insbesondere marktförmig) nicht gut zu lösen sind, kommt man um den instrumentellen Ansatz nicht herum. Es greift daher zu kurz, das instrumentelle Paradigma mit schnödem Ökonomismus oder Neoliberalismus zu assoziieren – auch in historischer Perspektive: Bis zu einem gewissen Grad ist die Politik als Problemlöserin (zu-

mal in Form des demokratischen Staats) eine historische Realität – und zwar von Problemen, die unabhängig von der konfliktorischen Logik des Politischen à la Schmitt entstehen, so heute z.B. aufgrund der Interdependenzen von Ökonomie und Ökologie.

Viel ausführlicher als mit den Vertretern des instrumentellen Paradigmas setzt sich Mouffe mit einer bestimmten Variante des „normativen“ Paradigmas auseinander, wobei sie insbesondere die deliberative Demokratie à la Habermas⁸, aber auch Rawls aufs Korn nimmt. Vom Politikverständnis anderer „normativer“ Varianten wie etwa jener Hannah Arendts distanziert sie sich *en passant*. Kern der Kritik ist, dass Habermas et al. wohlmeinenden Normativismus propagierten, dessen Fluchtpunkt des argumentativ anzustrebenden Konsenses den Realitäten des Politischen nicht gerecht wird. Mag sein. Dennoch ist ihr entgegenzuhalten, dass nicht nur das „instrumentelle“ Paradigma, sondern auch das „normative“ Paradigma Einsichten bietet, die jenen verschlossen bleiben, welche es als blutleeren Normativismus oder Moralismus abtun. So hat Schumpeter (1942), der alles andere als ein Normativist war, darauf verwiesen, dass der im 19. Jahrhundert v.a. vom Ökonomischen getriebene moderne Rationalisierungsprozess dazu führt, dass bestimmte normative Standards (etwa Nicht-Diskriminierung, instrumentelle Rationalität und utilitaristische Kalküle) über die Ökonomie hinaus wirkmächtig werden⁹. Dass bestimmte Konzepte (etwa der Universalisierbarkeit und Unparteilichkeit) nicht nur in der politischen Philosophie oft ohne empirische Bodenhaftung diskutiert werden, impliziert nicht, dass

⁸ Wie man bei Mouffe (2007) gut nachvollziehen kann, sind die offiziellen Hauptgegner (i) Vertreter des normativen Paradigmas wie Habermas und Rawls sowie (ii) Beck und Giddens, welche die teils unübersichtliche plurale Konstellation der „Zweiten Moderne“ (Obsoleszenz traditioneller Polarisierungen) betonten. Realpolitisch sind indes Schmittianismus und liberaler Normativismus symbiotisch in asymmetrischen Polarisierungen miteinander verbunden (Gutmenschen vs. Schmuddelpopulismus). Und betrachtet man die ideologische Mischung der 1968er Bewegung, dann ist mitunter eine direkte Kombination von Schmittianismus und linkem Normativismus anzutreffen, während das instrumentelle Element schwach ausgeprägt war.

⁹ Unter anderem provozierte er seine Zeitgenossen damit, dass er die Abwehr feministischer Forderungen nach Gleichberechtigung als reaktionäres Rückzugsgefecht darstellte, dessen Protagonisten sich ohne jeden Zweifel vor der Geschichte blamieren würden.

sie empirisch irrelevant sind. Sie können bis zu einem gewissen Grad die Einstellungen und Bewertungen von Akteuren prägen. Auch wenn sie sie nicht prägen, so sind sie doch heute für die meisten verständlich (vgl. Greene 2013: Kap. 8), sodass ein Appell daran nicht immer ein hoffnungsloses Unterfangen ist. Darüber hinaus dürften sie historisch eine funktionale Rolle bei Fundierung und Ausdehnung der Reichweite von Politik als Problemlösung gespielt haben, etwa in verfassungsgebenden Prozessen, wie Jon Elsters (2000) historische Analyse der Entstehung der U.S.-Verfassung darlegt. Insbesondere greift es zu kurz, wenn man (wie Mouffe) ganze Theorietraditionen als normativistisch abtut, zumal manche ihrer Vertreter großen Aufwand treiben, um ihre normative Theorie sozialtheoretisch anschlussfähig zu halten: Bei Rawls (1971) ist Gerechtigkeitstheorie nicht im sozioökonomisch-institutionellen Nirwana angesiedelt, sondern seine *circumstances of justice* sind auf die Brauchbarkeit der Theorie unter Bedingungen moderner Marktgesellschaften zugeschnitten.

Zivilisierte Gegnerschaft. Um weitere Probleme herauszuarbeiten, folgen nun ein paar Anmerkungen zu neueren Entwicklungen des Schmitt-Paradigmas. Chantal Mouffe kombiniert Carl Schmitt mit innenpolitischem Pluralismus (auf dem sie gegen Schmitt insistiert) und einer linken Agenda. Im Hinblick auf komplementäre polit-psychologische Empirie geht sie nicht über Schmitt hinaus. Bei dem gesamten Unterfangen kommt Schmitt die intellektuelle Führerschaft zu: Mouffe folgt ihm nicht nur im Hinblick auf die Bedeutung polarisierter Gegnerschaft als Lebens-Elixir des Politischen. Auch ihr mit einer spezifischen Kritik an Universalismus und Kosmopolitismus verbundenes Postulat einer multipolaren globalen Konstellation dürfte von Schmitts geopolitischen Großraum-Konzeptionen beeinflusst sein. Nun wäre es (hierin ist Mouffe uneingeschränkt zuzustimmen) unklug, einen *cordon sanitaire* um das Denken dieses scharfsinnigen Staatsrechtslehrers zu legen. Dass Schmitt „einen Kompromiss mit dem NS Regime“ eingegangen ist, wie Mouffe (2007: S. 11) über seine NS-Verstrickungen schreibt, sollte nicht zu einem intellektuellen Handelsembargo führen. Indes: Der Umstand, dass aus seiner Feder einige der widerwärtigsten Passagen eines intellektuell übereifrig vorarbeitenden Antisemitismus stammen, ist nicht losgelöst von seiner Doktrin zu sehen. Denn Politik als Abarbeitung von Freund-Feind Gegensätzen wird generell nicht ohne Ausgrenzungsrhetorik und -praxis auskommen, und beides hat die Tendenz auszuarten, wenn einmal

eine gewisse Dynamik losgetreten ist. Gewiss: Mouffe möchte solche Dynamiken in ihrem Konzept der agonalen Demokratie auf „friedliche“ Gegnerschaft in demokratischer Auseinandersetzung begrenzen. Allerdings kann man fragen, auf welchen Triebkräften oder Mechanismen solche Grenzen beruhen können und auf welcher Basis diese Grenzen formuliert werden können. Denkt man darüber nach, so kommt man zum Schluss, dass sie wohl nur aus den anderen beiden Paradigmen zu erschließen sind.

Die drei Paradigmen und die Dual process-Verhaltenstheorie. Spätestens seit Schumpeter (1942) gibt es Ansätze, politische Psychologie und Verhaltenswissenschaft mit Diskussionssträngen der politischen Theorie und Ökonomik zu kombinieren. „Moral Tribes“ von Joshua Greene (2013) besticht indes weniger durch eine derartige kombinatorische Leistung (obwohl interessante empirische Befunde zu aktuellen politischen Polarisierungen in den USA referiert werden), als durch das einleuchtende Bemühen, den Unparteilichkeits-Normen bzw. utilitaristischer Abwägung verhaltenstheoretische Bodenhaftung zu verleihen. Im Anschluss an Greene kann man die Frage stellen: Wie ist es um den evolutionären Hintergrund der verschiedenen Politikkonzeptionen bestellt? Vertreter des Schmitt-Paradigmas unterstellen ja in ihrer Kritik, die anderen Paradigmen seien rationalistisch, normativistisch bzw. ideologisch geprägt, ermangelten der empirischen Fundierung und seien deshalb unbrauchbar zum Verständnis des Politischen, so wie es ist. Aus Greenes Anwendung der *Dual-process-Verhaltenstheorie* (*Automatischer Modus* = Verhaltens-Routinen/Daumenregeln vs. *Manueller Modus* = Reflexion/Abwägung) auf Probleme inter-subkultureller Verständigung zwischen „Moral tribes“ erschließen sich jedoch Hinweise auf die empirisch-verhaltenstheoretische Verankerung (i) instrumentellen Abwägens und (ii) Normen der Unparteilichkeit/Universalisierbarkeit, die für das instrumentelle bzw. das normative Paradigma relevant sind. Beide hängen mit einem der Pole der *Dual process*-Handlungstheorie zusammen, dem „manuellen“ Handlungsmodus, der die Fähigkeit zur Lösung verschiedenartiger Probleme verbessert, für die es keine Lösungsroutinen gibt.

Greene benutzt zur Illustration des allgemeinen Zusammenhangs (reflexives Umschalten auf den manuellen Modus) das Beispiel des Nahungsmittleinkaufs. Dessen Motive entstammen nicht dem manuellen Modus, sondern haben mit hungerbedingten Impulsen zu tun. In der Pra-

xis werden wir heutzutage aber fallweise verschiedenartige Erwägungen aus dem manuellen Modus nutzen, um Kaufentscheidungen zu „optimieren“: Wie lange soll der Essensvorrat ausreichen? Wie viele Personen sollen satt werden? Gäbe es diesen Kasten Bier anderswo günstiger und rentiert es angesichts der vier für die Party benötigten Kästen, dorthin zu fahren? Usw. Die Existenz eines manuellen Modus ist also evolutionär plausibel.

Der manuelle Modus schafft eine Disposition, welche die instrumentelle Perspektive ermöglicht. Die Vorteile instrumenteller Überlegungen, also Konsequenzen-bezogenes Abwägen von Zwecken und Mitteln, sind alltagspraktisch nachvollziehbar. Wie aber ist es um die Verankerung von Unparteilichkeit und Universalisierbarkeit bestellt? Nicht nur im normativen, sondern auch im progressiv-instrumentellen Paradigma spielt beides eine zentrale Rolle. Schon Hume (1739/40 und 1777) und Smith (1790) versuchten die Rolle der Unparteilichkeit zu erklären. Dabei ging es ihnen dezidiert darum, die Welt zu verstehen, wie sie ist, nicht wie sie sein soll (vgl. Kurz/Sturn 2013). Sie gingen dabei von einer Beobachtung aus: Wir alle scheinen zu kapieren, dass Unparteilichkeit potentiell eine gewisse Relevanz hat. Indes: Smiths „unparteiischer Beobachter“ drängt sich in unserem *Multiple self* nicht automatisch in jeder Handlungssituation in den Vordergrund. Er wird erst aktiviert, wenn moralische Gefühle als „ungleichgewichtig“ wahrgenommen und reflektiert werden. Im Jargon der *Dual process*-Theorie formuliert: Unparteilichkeit ist Teil des manuellen Modus. Illustrationen hierzu kommen auch bei Greene aus bekannten Beispielen der Hume-Smith Welt: Manchen mag ein *Kratzer* am kleinen Finger aktuell mehr bekümmern als eine humanitäre Megakatastrophe in einem andern Erdteil. Reflexion ergibt aber bei den meisten, dass diese automatische Spontanreaktion ungleichgewichtig ist: Gewiss ist jeder für sich selbst was Besonderes, aber so besonders auch wieder nicht, dass der *Kratzer* so übermäßig viel wiegen kann. Wie sinngemäß schon Smith (1790) ausführt, kann die Fähigkeit zur Empathie (die selbst nicht Teil des manuellen Modus ist) Unparteilichkeit (manueller Modus) stützen. Das Umschalten in den manuellen Modus bringt in zwei Situationstypen Vorteile, und zwar wenn